

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag:  
Rieser Verlag  
Herausg. Nr. 20  
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt:  
Dresden 1580.  
Straßen:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 125.

Dienstag, 31. Mai 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Umzustandes von Produktionsverhältnissen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraufen und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Umständlicher Nachsatz erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Licht an der Elbe“. — Im Falle plötzlicher Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Rieser.

## Weisse Sämmchen.

Was die englische Note an Russland in ihrem Tone und in ihrem Inhalt recht ungeschicklich und rüchlos ist, so war die russische Antwortnote an London in ihrer Formulierung zum mindesten recht ungeschickt. Moskau kreiert alles ab. Alle Behauptungen, die die englische Regierung aufstellt, werden als Ohrgehänge abgetan. Das ganze Vorgehen der englischen Regierung gegen Sowjetrußland nur als der Versuch, das Haupt der Politik der konservativen Regierung England in China zu verwechseln, bezeichnet. Aber ein Versuch am untauglichen Objekt. Denn die Sowjets seien unerschütterlich, unerschütterlich und harmlos wie weiße Sämmchen, die niemals Schicksal dächten und noch weniger fähig wären, in böse Taten zu verfallen, wie sie ihnen untergeschoben werden. Diese russischen Ablehnungsversuche sind doch etwas zu dick aufgetragen. Die Welt brauchte schließlich nicht erst von der Londoner Regierung darüber unterrichtet zu werden, daß die russische Propaganda überall und in fast allen Ländern existiert. Daß sie überall feste Stützpunkte geschaffen hat, daß sie nicht darauf verzichtet, auch nur einen kleinen Fleck von dem gewonnenen Boden aufzugeben. Die russische Sowjet-Regierung tritt in ihrer Note auch die Lage in China. Sie hätte besser daran getan, diesen heißen Punkt nicht zu erwähnen. Denn immerhin, darüber dürfte sich kein Mensch einem Zweifel hingeben, diese Propaganda und diese Unterstützung, die Russland in China gewissen chinesischen Generälen zuteil werden ließ, war doch zu groß angelegt, um sie irgendwie mit dem Begriff der Neutralität in Einklang zu bringen. Und es muß betont werden, daß das englische Vorgehen in China immerhin zum Schutz sehr wichtiger englischer Interessen geschah, wobei es gleichgültig ist, ob die Londoner Ansprüche China gegenüber berechtigt sind oder unberechtigt. Moskau dagegen hat in China keine Konzessionen, also nichts, was es zu schätzen gezwungen ist. Seine Hilfeleistung für Kanton war daher eine Kampfanlage an London. Nichts anderes. Moskau braucht sich daher nicht zu wundern, wenn London dieser Kampfanlage nur in einer Weise begreift, die den Sowjets vielleicht unangenehm ist.

Die Sowjet-Note an England behauptet, daß die englischen Behauptungen aus „unrichtigen Quellen“ weislich russischer Emigranten geschöpft worden seien, oder aus „gefälschten Dokumenten“, mit denen die britische Regierung, während der ganzen Dauer der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Sowjet-Regierung gern zu operieren pflegte. Das neutrale Ausland hat keine Möglichkeit und schließlich auch keine Veranlassung dazu, die Richtigkeit dieser Moskauer Behauptungen nachzuprüfen. Immerhin kann ausgesprochen werden, daß diese Behauptung der Sowjets sich an „Annahmen“ hält, für deren Wahrheit sie uns den Beweis schuldig bleiben. Schließlich ist es ja auch gleichgültig, mit welcher anderen Vorwürden die beiden Gegner ihren Kampf gegeneinander befeuern. Man weiß und läßt sich darüber nicht täuschen, daß es ein Konkurrenzkampf ist. Ein Krieg der englischen Interessen Londons gegen die egoistischen Interessen Russlands oder des Moskauer Volkswirtschaft. Es ist dienlich, stets und immer wieder sich diese Tatsache vor Augen zu halten.

Eine Bemerkung in der russischen Note an London verdient eine gewisse Aufmerksamkeit. Verblümt aber doch recht deutlich wird in ihr die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung, an deren Adresse diese Note geht, in Kürze verschwindet. Offenbar ist dieser Passus der Note auf die englische Arbeiterschaft gerichtet. Als einen Wink, nahezu als eine Aufforderung. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser russische Stöckel sein Ziel erreicht. Wer die Wege des englischen Volkes kennt, der weiß auch, daß der Engländer, alschaltlich, welcher Partei er angehört und gleichgültig, welcher Klasse er sich zurechnet, stets nur die Wohlfahrt Großbritanniens, das heißt, die günstige Handels- und Wirtschaftslage des Landes allen Fragen einer Weltanschauung voranstellt. Englands Handel und Wirtschaft wird aber von Russland bedroht. Was dazu führen muß, daß das gesamte englische Volk sich schäufend vor diese Gefahr stellt. Die schwache Opposition in der letzten Unterhausdebatte ist das Beispiel. Moskau sah offensichtlich darüber hinweg.

Das Fazit der russischen Antwortnote: die englisch-russische Krise hat sich entschieden verschärft, und zwar in einem Maße, die den privaten Handel dieser beiden Völker, der nach Willen der englischen Regierung von dem offiziellen Konflikt unberührt bleiben soll, rechtlos unterbindet. Ansehlich dieser Einstellung Moskaus zur englischen Regierung und angesichts der Energie, mit der London den Kampf gegen das sowjetische Ausland eröffnet, wird weder ein Russe noch ein Engländer es wagen, das große Risiko eines gegenfeitigen Geschäftes zu übernehmen.

## Mary gegen Wirth.

von Berlin. Wie das B. Z. zuverlässig erfahren haben will, wird in einem Briefe des Reichskanzlers Dr. Wirth an Dr. Mary andrücklich auf einen Initiativschritt der Deutschnationalen wegen der Königsberger Reichsbannerrede Dr. Wirths Bezug genommen.

In dem Briefe heißt es wörtlich, daß sowohl im Vorstand der Zentrumspartei wie beim Interfraktionellen Ausschuss, insbesondere bei den Mitgliedern der Deutschnationalen Partei bei ihm Beschwerden erhoben worden sei. Der Reichskanzler verteidigt dann in dem Briefe die Reichsregierung gegenüber der Rede Wirths und verlangt von diesem eine Mittelung, ob in der Presse seine Behauptungen richtig wiedergegeben worden seien. Weiter führt Dr. Mary aus, er müsse für den Fall, daß Dr. Wirth die Behauptungen als richtig anerkenne, zu seinem Bedauern im Interesse des Ansehens und der Würde der Zentrumspartei die ihm scheinbar erscheinenden Maßnahmen treffen.

## Berliner Reise Dr. Felds und Dr. Krausneds.

### Hochpolitische Besprechungen mit der Reichsregierung.

von Berlin. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld und der bayerische Finanzminister Dr. Krausned sind am Montag nachmittag in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung wichtige politische Verhandlungen zu führen. Beide Herren wurden am Nachmittag vom Reichskanzler Dr. Wirth empfangen und zu der Besprechung wurden am Abend die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Brüderling hinzugezogen. Dr. Feld und Dr. Krausned werden voraussichtlich einige Tage in der Reichshauptstadt verweilen, da sich an die Besprechungen mit den Reichsministern vom Montag nachmittag und abend Verhandlungen mit dem einzelnen Ressortministern anschließen werden.

Die Reise des Ministerpräsidenten Dr. Feld nach Berlin kommt den politischen Kreisen durchaus überraschend. Man hatte angenommen, daß der bayerische Finanzminister Dr. Krausned sich nur allein nach Berlin begeben werde, um hier vor allem die auf der jüngsten Konferenz der Finanzminister erörterten Fragen über den in der Ausarbeitung begriffenen Gesetzesentwurf des Reichsfinanzministeriums in der Frage der Steuervereinfachung fortzusetzen und gleichzeitig über seine bekannte Amerikareise Bericht zu erstatten. In unterrichteten Kreisen erklärt man nun, der plötzliche Entschluß des Ministerpräsidenten Dr. Feld, den bayerischen Finanzminister auf seiner Reise nach Berlin zu begleiten, sei vor allem veranlaßt worden durch außenpolitische Momente. Es sei nur an den russisch-englischen Konflikt, den Stillstand der deutsch-französischen Verhandlungen über die Besatzungsverminderung, die Frage der von Frankreich geforderten absehbenden Kontrolle der Entfestigungsarbeiten in Ostdeutschland und die bevorstehende Tagung des Völkerbundes erinnert. Man will wissen, daß die Entwicklung der deutschen Außenpolitik, vor allem das zur Zeit nicht gerade günstige Verhältnis Deutschlands zu Frankreich in München verstanden hat, und aus diesem Grunde hätte sich der bayerische Ministerpräsident jetzt entschlossen, sich persönlich nach Berlin zu begeben, um mit dem Reichsaußenminister die „schwebenden außenpolitischen Pro-

bleme zu erörtern. Man glaubt schon jetzt sagen zu können, daß Dr. Stresemann Herrn Dr. Feld nicht viel Neues zu sagen haben wird, denn es ist ja hinreichend bekannt, daß man in der Wilhelmstraße noch immer nicht im Besitz der von Herrn Briand schon vor Wochen in Aussicht gestellten Antwort auf die Schritte des Reichsrats Dr. Reich bezüglich der Verminderung der französischen Besatzung im Rheinland ist. Allem Anschein nach will der bayerische Ministerpräsident auf die Reichsregierung persönlich dahin einwirken, mit allem Nachdruck in Paris vorstellig zu werden, um eine Abklärung in der Besatzungsfrage zu erreichen. Gegenüber den Befürchtungen der Münchener Regierung in außenpolitischer Beziehung erklärt man aber schon jetzt in den Berliner Regierungskreisen, daß es einer berechtigten Mahnung des bayerischen Ministerpräsidenten nicht bedürfe, denn die Reichsregierung richtet in außenpolitischer Hinsicht ihr Hauptaugenmerk nach wie vor auf das Räumungsproblem und es gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, gerade das Räumungsproblem einer baldigen Lösung zuzuführen. Reichskanzler Dr. Wirth habe erst am Freitag die Instruktion erteilt, in den allerhöchsten Tönen nochmals am Quai d'Orsay vorstellig zu werden, um von dem französischen Außenminister jetzt endlich eine definitive Antwort bezüglich der Räumungsfrage zu erlangen.

Die Berliner Verhandlungen Dr. Felds und Dr. Krausned werden somit in der Hauptsache innenpolitische Fragen betreffen. Im Vordergrund steht hier der Gesetzesentwurf über die Steuervereinfachung und als weiteres finanzpolitisches Problem die Frage der Erhöhung der Steuern. Schon auf der Konferenz der Finanzminister der Länder hat Dr. Brüderling ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Finanzlage des Reiches nicht schief sei, daß aber neue Ueberweisungen aufgenommen zu lassen, was infolge der sich aus einer Heraushebung der Beamtengehälter ergebenden Mehraufgaben.

## Die ägyptische Krise. — Englische Kriegsschiffe entsandt.

\* London, 30. Mai. (Telefun.) Die innenpolitische Krise in Ägypten als Folge der absehbenden Haltung der Jassid-Partei gegenüber der Armeeführung hat sich weiter verschärft. Der britische Oberkommissar wurde gestern erneut vom König Knut empfangen, dem er mitteilte, daß er von seiner Regierung eine Antwort in der Frage der Reorganisation der ägyptischen Armee erhalten habe. Eine offizielle Note wird dem Premierminister Samstag Nacht überreicht werden.

Die die Times aus Kairo berichten, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Krise von den Jassidern heranzubekommen ist, um durch eine antibrillische Demonstration ihre eigene Stellung im Lande zu verfestigen. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Partei Jassid bald einbrechen wird, von ihrem absehbenden Standpunkt nicht abzugehen. Von Kairo aus sind drei Schlachtschiffe gestern abend nach Ägypten abgegangen.

### Englische Kriegsschiffe nach Ägypten unterwegs.

\* London, 30. Mai. Datin Mail meldet aus Kairo, daß die drei Schlachtschiffe, die gestern abend in See gingen, für Ägypten bestimmt seien. Das Blatt nimmt an, daß dies im Zusammenhang mit der Krise steht, die wegen der Stellung des Sirdar entstanden ist.

\* London, 30. Mai. Reuters erzählt: Die Entsendung dreier britischer Kriegsschiffe von Kairo nach Ägypten erfolgte als eine Vorsichtsmaßnahme, wie sie schon früher mehrmals ergriffen wurde. Großbritannien hat die Verantwortung für den Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer

in Ägypten übernommen und man schließt aus dem Ton der kaiserlichen Debatte in der ägyptischen Kammer, daß die Extremisten vollkommen fürzlich eine gespannte Lage zu schaffen suchen. Andere Ursachen der Besorgnis sind die wahrscheinlich heute zur Beratung gelangenden Empfehlungen des parlamentarischen Beiratsausschusses, darunter diejenige, die sich auf die Abschaffung des Postens des britischen Oberbefehlshabers der ägyptischen Armee bezieht.

### Die englische Note in Kairo überreicht.

\* London, 30. Mai. (Telefun.) Der englische Oberkommissar in Ägypten hat heute dem ägyptischen Ministerpräsidenten die angekündigte Note der britischen Regierung überreicht. In Londoner politischen Kreisen ist man über die Entwicklung der Lage in Ägypten besorgt. Die Entsendung der drei Kriegsschiffe ist wohl informierten Kreisen überraschend gekommen. Man weiß darauf hin, daß die ägyptische Flotte, den Posten des Sirdar abzugeben, für England vollkommen unannehmbar ist. Die Entsendung der britischen Kriegsschiffe hat nach Berichten aus Kairo in ganz Ägypten eine neue englische Welle ausgelöst. Die ägyptische Propaganda richtet sich besonders gegen den britischen Oberkommissar Lord Cromer.

(Kairo, Reuters.) Die verläutelt, ist die britische Note über die vorgeschlagene Reorganisation der ägyptischen Armee, die dem ägyptischen Premierminister überreicht worden ist, zwar bestimmt, aber trotzdem in sehr freundlichem Tone gehalten. Sie setzt keine Frist für eine Antwort fest.

### Der Dr. Ing. h. c. für Ministerialdirektor Rügen.

\* Berlin. (Telefun.) Herr Ministerialdirektor Rügen im Reichspostministerium ist die Würde des Dr. Ing. h. c. von der Technischen Hochschule Braunschweig verliehen worden. Selten ist eine Ehre so verdient wie in diesem Fall. Rügen hat es verstanden, in verhältnismäßig kurzer Zeit das Kraftfahrzeug der Reichspost zu einer unendlich großen Bedeutung und gewaltigem Umfang zu bringen. Er hat der Post die alte Stellung im Ueberlandverkehr wieder verschafft und diese Aufgabe mit bewundernswürdiger Energie und Fähigkeit durchgeführt. Die flache Land — noch vor einigen Jahren ohne genügenden Verkehrsmittel — wird immer mehr aufgeschlossen. Schon jetzt betreibt die Reichspost 1500 Ueberland-Linien mit einem Auto-Park von rund 3500 Kraftomnibussen und einer täglichen Fahrleistung von 120 000 Kilometer. Dazu kommt noch die gleiche Zahl von Kraftfahrzeugen im Telegraphenbanddienst. In keinem Lande, Amerika eingeschlossen, ist der Dienstverkehr des Kraftpostwesens auch nur annähernd so ausgebaut worden wie in Deutschland.

### Der Beamtenauschuss des Reichstags

setzte am Montag die dritte Beratung der Reichsdienstverordnungsfort. Nach längerer Aussprache wurde der § 38 in der Fassung angenommen, daß der nächsthöhere Dienstvorgesetzte innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe des Bescheides an den Beschuldigten den Bescheid durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorgelegten beanstanden kann. Die Beanstandung ist dem Beschuldigten unterhalb bekanntzugeben. Im Verlaufe der Beanstandung kann nur entweder durch neuen Bescheid eines höheren Dienstvorgesetzten das Verfahren unter Aufhebung des ersten Bescheides eingestellt oder die Dienststrafe gemildert oder beseitigt oder durch Bescheid der zuständigen Stelle das förmliche Dienstkaliberfahren eröffnet werden.